

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1838**

11.3.1838 (No. 70)

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 70.

Sonntag, den 11. März

1838.

Baden.

## Landtagsverhandlungen.

Karlsruhe, 9. März, Nachmittags 4 Uhr. Fortsetzung der 6ten öffentlichen Sitzung der 2ten Kammer.

Die spezielle Diskussion wird eröffnet erklärt und wendet sich zu Artikel 1 des Gesetzes, nach der Fassung der Kommission also lautend:

„Von Mannheim über Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Offenburg und Freiburg bis zur Schweizergränze bei Basel wird eine Eisenbahn erbaut.“

„Kehl wird durch eine Seitenbahn mit der Hauptbahn verbunden.“

„Zwischen den genannten Orten an der Hauptbahn soll dieselbe möglichst nahe dem Gebirg, mit besonderer Rücksicht auf die Ausmündungen von Seitenstraßen, an den dort liegenden volkreichen Orten hingeführt werden, wo nicht überwiegende Gründe eine Ausnahme rechtfertigen.“

v. Hstern erkennt die Wichtigkeit der Sache, die Stellung Badens in Folge der Unternehmung jenseits des Rheins, spricht zunächst von Mannheim und der Wahl des Stationsplatzes daselbst, und wünscht, daß die Regierung hierüber die nöthigen Untersuchungen anstellen lasse.

Staatsminister Winter sichert dies zu, als sich von selbst verstand. Er erklärt sich für Herstellung des Entwurfs der Regierung, die gerade Linie sey der Schnelligkeit und Wohlfeilheit wegen die förderlichste; das Terrain sey hier entscheidend und das Urtheil der Techniker. Die Orte, wo die Bahn vorbeigeführt werden könne, würden berücksichtigt werden; aber es sey unnöthig, sie zu nennen. (Unpassend sey der Ausdruck über, statt neben.)

Hoffmann: Man sey einig darüber, daß die Bahn über die genannten Orte führen solle; würde ihre Benennung nun weggelassen, so könnten Besorgnisse bei ihnen entstehen.

Staatsminister Winter erklärt sich gegen die Aufnahme von Offenburg. Die Natur der Sache bringe es mit sich, daß möglichst viele Orte berücksichtigt würden, aber man könne nicht einzelne nennen, ohne Präjudiz für oder gegen andere.

Ministerialrath v. Marschall äußert sich in demselben Sinne; man sey noch nicht so weit in der Voruntersuchung, um gewisse Orte definitiv im Gesetz nennen zu können.

Welder: Wohlfeilheit und Schnelligkeit sey Zweck der Eisenbahn, aber auch, daß eine größtmögliche Anzahl von Orten an derselben Theil nehme; denn der innere Verkehr von Station zu Station müsse die Eisenbahn furniren; bei

der Schnelle der Beförderung sey ein Umwege nicht in Anschlag zu bringen. Es sey durchaus nöthig, Orte, Hauptpunkte in's Gesetz aufzunehmen; es sey für sich klar; die Weglassung der Benennung müsse das Vertrauen schmälern. Auch Offenburg solle nicht vergessen werden.

Staatsminister Winter: Nicht die Regierung, nicht die Kammer bestimmen die Richtung der Bahn, sondern die Kunstverständigen; sie allein sind hier Autorität.

Welder: Die Techniker hätten lediglich das Interesse, die möglichst gerade und wohlfeile Bahn zu machen; sie seyen daher nicht allein Autorität.

Staatsminister v. Blittersdorff: Es verstehe sich von selbst, daß die Regierung nicht absolut den Technikern Alles überlasse; aber es müsse denn doch das Gutachten derselben berücksichtigt werden.

Prof. Bader: Die Grundsätze der technischen Kommission seyen im Berichte derselben niedergelegt. Der große Verkehr und der innere kleinere müßten gleichmäßig berücksichtigt werden.

Welfer spricht für Offenburg im Interesse des großen Verkehrs, und für ausdrückliche Benennung der Hauptorte im Gesetz.

v. Rotteck vertheidigt den Entwurf der Kommission gleichfalls, inklusive des Ausdrucks über im weitern Sinne, und spricht besonders für Aufnahme von Freiburg in die Bahnlinie und in's Gesetz, besonders der Beruhigung der Gemüther wegen und um Intriguen und Einschüchterungen angeblicher Mitglieder der Regierungspartei vorzubeugen.

Staatsminister Winter fragt: warum man Fahr nicht aufgenommen habe, das doch wichtig sey? Er schlägt die Redaktion vor: „Die Bahn soll neben den Hauptorten vorbeigeführt werden, namentlich Heidelberg, Karlsruhe u. s. w.“

Wölfer macht diesen Vorschlag zu seinem Antrag.

Staatsrath Nebenius hält die Aenderung der Kommission für überflüssig; die Richtung der Bahn an den Hauptorten verstehe sich von selbst. Die Bestimmung rücksichtlich Offenburgs sey allein noch zweifelhaft; namentlich, ob die Hauptbahn über Offenburg oder Kehl gehen solle; er sey der Ueberzeugung, daß die Hauptbahn über Offenburg gehen müsse, theils wegen des Terrains, theils weil es bei Kehl an Steinen fehle, und noch sprechen andere Rücksichten hierfür.

Staatsminister v. Böck glaubt, daß das ganze Großherzogthum, und nicht die einzelnen Städte, über die Lei-

tung der Bahn beruhigt werden müssen. Es komme auf das Ganze an.

Duttlinger erklärt sich für die Annahme des Vorschlags der Kommission, nur mit dem Unterschiede, daß auch Dinglingen aufgenommen werde. Sonst würde eine große Besorgniß in den genannten Orten entstehen; das Oberland sey beunruhigt. Diese Unruhe des Oberlandes erkläre sich daraus, weil am vorigen Landtag von den Technikern ausgesprochen worden sey, die Bahn könne nicht über Freiburg geführt werden. Es handle sich nicht von der Stadt Freiburg, sondern von dem Hauptkomtoir des Oberlandes.

Professor Bader bemerkt, die Techniker hätten voriges Jahr nicht erklärt, daß die Bahn nicht über Freiburg geführt werden könne, wohl aber müßte diese Leitung mit einem Opfer erkauft werden. Was Offenburg betreffe, so sey die jetzt eingeschlagene Linie nur eine Viertelstunde von Offenburg entfernt; vielleicht könne man noch näher kommen.

Staatsrath Nebenius sagt, daß schon in dem am vorigen Landtag übergebenen Bericht auf Freiburg Rücksicht genommen worden sey.

Mördes verteidigt die Beibehaltung des Kommissionsberichts.

Erfurt spricht für Bruchsal, und die ausdrückliche Benennung desselben im Gesetze, wenn man nicht vorziehe, gar keinen Ort zu nennen, außer Anfang und Endpunkt der Bahn.

Finanzminister v. Böck: Nehme man Bruchsal, so müsse man auch Durlach nehmen, und man sehe kein Ende ab, wo das aufhören solle.

Staatsrath Nebenius erkennt an, daß Bruchsal verdiene, möglichst berücksichtigt zu werden, aber die staatswirtschaftlichen Rücksichten müßten hier vorzüglich entscheiden. Die Techniker seyen der Ueberzeugung, daß in Bezug auf Bruchsal große Schwierigkeiten obwalteten und wenigstens 1/2 Million erfordert würde, sie zu besiegen; es müsse die Erwägung entscheiden: ob das allgemeine Interesse mit dem besondern von Bruchsal zu vereinigen sey. Gehe man zu ängstlich den Lokalinteressen nach, so gingen endlich die Mittel aus für die Hauptbahn; gesetzlich daher an Bruchsal gebunden zu seyn, sey nachtheilig für's Ganze.

Bekk spricht gegen Bruchsal's Aufnahme in's Gesetz; die Hauptücksicht sey auf den innern Verkehr zu nehmen, daher möglichst viele Orte in den Bereich der Bahn zu ziehen; in Belgien wären es vorzüglich die Landleute, die die Frequenz der Bahn sicherten.

Finanzminister v. Böck: Nicht alle Orte sind ausgeschlossen von der Bahn, die nicht dicht an derselben liegen. Uebrigens seyen die belgischen Verhältnisse anders, als die badischen.

Mördes behauptet die Möglichkeit der Ausführbarkeit bei Bruchsal.

Professor Bader: Es sey zu bedenken, daß Bruchsal keine Industriestadt, und das Interesse einer bedeutenden Bevölkerung dabei bethelligt sey, daß die Linie nach dem Plan der Regierung gezogen werde.

Hoffmann trägt auf nähere Untersuchung und Beglasung Bruchsal's aus dem Gesetze an.

Bölker spricht für Lahrs Interesse.

Die Diskussion wird geschlossen und durch Abstimmung „Dinglingen in das Gesetz aufgenommen; die Aufnahme von „Bruchsal“ aber abgelehnt. Hierauf wird der Kommissionsantrag, erster Satz des Artikels, zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Karlsruhe, 10. März. 7te öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Voritze des Präsidenten Mittermaier; auf der Regierungsbank befinden sich dieselben Kommissäre, wie in der Sitzung von gestern.

Der Präsident eröffnet die Diskussion über

Art. 1, Absatz 2: „Kehl wird durch eine Seitenbahn mit der Hauptbahn verbunden.“

Der Abg. Hoffmann erstattet, Namens der Kommission, Bericht über hierher einschlagende Petitionen.

Die Kommission schlägt die Tagesordnung vor und erklärt sich für die Bahn von Appenweier nach Kehl.

Christ spricht gleichfalls für Verbindung Kehls mit der Hauptbahn durch eine Seitenbahn von Appenweier aus.

Auch Zentner unterstützt den Kommissionsantrag aus national-ökonomischen Gründen.

Merk: Die Bahn sey besonders großen Orten nahe zu bringen, und daher Offenburg nicht geradezu zu beseitigen.

Staatsrath Nebenius: Es ist die Frequenz, die der Bahn von Straßburg nach Baden zuwachsen wird, besonders hier zu berücksichtigen.

Buß unterstützt den Kommissionsantrag, mit Rücksicht auf Entwicklung des Handelszugs in der Zukunft.

Bölker spricht für das Kinzigthal, die Verhältnisse des Seeekreises besonders berücksichtigend.

v. Kottack macht den Antrag, die Petition aus dem Reichthal dem Staatsministerium mit Empfehlung, und die von Offenburg zur Kenntnisaufnahme zu überweisen.

Hoffmann unterstützt diesen Antrag und widerlegt einige Sätze des Abg. Böcker.

Sander: Werde die Bahn nicht direkt nach Kehl geführt, so schmalere man die Frequenz der Bahn von Straßburg aus nach Baden. Wenn die Landleute den Hauptertrag der Bahn sicherten, so wäre schon deshalb die Richtung nach Kehl vorzuziehen; der Redner motivirt dies aus der Natur der Lokalität und des Verkehrs. Dann sucht er auszuführen, wie die belgischen Verhältnisse in der Art verschieden seyen, daß bei uns die meisten Städte nicht vom Land aus versorgt würden, wie dort, und auch in andern Rücksichten sey aus der Verschiedenheit der Lage der Bahn eine mindere Frequenz zu besorgen. Auch die Extrapostreisenden würden die Eisenbahn nicht benützen; reiche Leute seyen zu bequem dazu.

Staatsrath Nebenius: Die Verhältnisse in Baden seyen nicht so total verschieden, wie der Abg. Sander darstelle. Die Reichen würden ebenfalls die Bahn benützen, wenn man sie in schön decorirten Wagen und zu höheren Preisen fahren lasse; auch könnten sie ihre eigenen Wagen auf die Bahn setzen lassen.

Hoffmann widerlegt die Behauptung des Abg. Sander,

daß die Landleute die Bahn nicht benutzen würden, und seine Annahme, daß Umladungen zwischen Baden und Kehl nothwendig seyen. Auch könne man einen besondern Dienst einrichten. Am meisten spreche gegen die Einführung der Hauptbahn über Kehl der Umstand, daß der Verkehr zwischen dem Ober- und Unterland dadurch zu Umwegen genöthigt, also erschwert werde.

Sander vertheidigt seine Ansicht.

Serbel: Es handle sich hier nicht von allgemeinen Fragen, sondern von Appenweier und Offenburg; er unterstüge den Antrag des Abg. v. Rottet; die Regierung möge dann das Weitere in Folge näherer Untersuchung verfügen.

Ministerialrath v. Marschall: Es sey wohl der Antrag der Kommission dahin abzuändern, daß der Regierung überlassen bleibe, die Zweckmäßigkeit einer Seitenbahn nach Kehl zu würdigen; die Verhältnisse seyen aber noch nicht hinlänglich erörtert.

v. Jzstein widersezt sich diesem Antrag.

Buhl: Es sey im Interesse des Staats, die Hauptbahn nicht über Kehl zu führen, da im Fall eines Kriegs die Bahn mehr gefährdet sey.

Regenauer unterstügt den Vorschlag des Reg. Kommissärs v. Marschall in der Fassung: „Kehl wird, wenn es erforderlich werden sollte, mit der Hauptbahn durch eine Seitenbahn verbunden.“

Kuenzer schlägt vor: „Kehl kann nur durch eine Seitenbahn verbunden werden.“

Beff: Es sey nicht zu bezweifeln, daß Kehl je denfalls durch eine Seitenbahn verbunden werden müsse.

Ministerialrath v. Marschall: Auch durch eine gute Straße könne die Verbindung hergestellt werden.

Staatsminister v. Blittersdorf bekräftigt, daß Straßburg jedenfalls berücksichtigt werden müsse.

Regenauer und Kuenzer ziehen ihre Anträge zurück und die Kammer nimmt den der Kommission: („Kehl wird durch eine Seitenbahn mit der Hauptbahn verbunden“) an.

Der Antrag des Abg. v. Rottet wird gleichfalls angenommen.

Diese Diskussion des Satzes 3, Art. 1, also lautend: „Zwischen den genannten Orten an der Hauptbahn soll dieselbe möglichst nahe dem Gebirg, mit besonderer Rücksicht auf die Ausmündungen von Seitenstraßen, an den dort liegenden volkreichen Orten hingeführt werden, wo nicht überwiegende Gründe eine Ausnahme rechtfertigen.“ — wird eröffnet und der Artikel ohne Diskussion angenommen.

Art. 2, Satz 1: „Der Bau wird auf Staatskosten ausgeführt.“

Lauer spricht den Dank an die Regierung für die Annahme dieses Prinzips aus, zeigt den Unterschied zwischen dieser und andern Unternehmungen, und geht in einige Erörterungen ein über das Verhältniß der Bahn zum Welthandel.

Merk: Die Frage über den Bau auf Staatskosten sey die wichtigste. Der Redner spricht dann gegen einige Sätze des Abg. Sander, und gibt endlich Gründe an, warum im

Interesse des Staats die Unternehmung nicht an Privaten zu überlassen sey.

Zentner spricht in demselben Sinn.

Staatsminister v. Blittersdorf: Die Frage der Eisenbahn sey keine politische, sondern eine national-ökonomische. Der Ertrag der Bahn sey voraussichtlich kein solcher, daß er Privatgesellschaften einen lockenden Gewinn darbiete; der Staat habe daher den Bau nicht einer Gesellschaft anvertrauen können, ohne Schwindeleien u. Spekulationen Thür und Thor zu öffnen. Nicht gegen Aktiengesellschaften im Allgemeinen habe die Regierung sich ausgesprochen, sondern gegen eine in diesem konkreten Fall.

Welcker verwahrt sich auch dagegen, daß der Bau auf Staatskosten, für den auch er stimme, andere Unternehmungen auf Aktienpräjudizire; er wäre dafür, daß fernere Unternehmungen von Eisenbahnen im Großherzogthum auf Aktien gegründet würden. Im Allgemeinen sey wohl die Klage über die Aktiengesellschaften und ihr Wesen zu übertrieben; es dürfte Mittel geben, den Aktienschwindel zu mindern. Uebrigens wären Gesellschaften im Tarif oft billiger, als wie Staatsbehörden in ihrem fiskalischen Interesse.

Staatsrath Nebenius: Die Regierung hat sich nicht gegen Aktiengesellschaften im Allgemeinen erklärt, sondern nur deswegen den Bau auf Staatskosten unternommen, um die Interessen des Staats zu wahren und dem Oberlande die Wohlthat einer Eisenbahn zu verschaffen; denn eine Bahn von Mannheim nach Basel wäre durch eine Gesellschaft nie ausführbar gewesen.

Staatsminister v. Böckh: Schon die Motive der Regierungsvorlage zeigen, daß die Regierung nicht absolut gegen Aktiengesellschaft ist. Uebrigens ist über diesen Gegenstand nichts Neues mehr zu sagen.

Knapp erklärt sich für den Regierungsentwurf.

Sander: Die Aktiengesellschaften seyen verschieden: solche, die auf solider Basis beruhen, die seyen erlaubt; solche, die eine zweifelhafte Basis hätten, — der Staat sey hier auch nicht berechtigt, einzuschreiten; solche, die auf Schwindelei beruhten, — und diese solle der Staat beseitigen. Sey nun die Regierung veranlaßt, die Eisenbahnunternehmung als nicht rentabel zu erklären, wie wolle man dem Staat aufbürden, was offenbar verlustbringend sey. Der Redner greift hierbei besonders den Abg. Lauer an, der sich vertheidigt, geht dann zur Bestreitung der Sätze des Abg. Merk über, und läugnet den Vortheil, den der Handel von der Eisenbahn habe. Der Redner schließt, indem er gegen den Bau auf Staatskosten stimmt.

Duttlinger, auf Frankreich Rücksicht nehmend, spricht für den Bau auf Staatskosten.

Beff erklärt sich gleichfalls für den Bau auf Staatskosten; ebenso Serbel.

v. Rottet spricht im Sinne der vorigen Redner und unterscheidet Unternehmungen, die der Staat, und solche, die Privaten ausführen sollen.

Berichterstatter Hoffmann widerlegt eine Behauptung des Abg. Sander über die Bedeutung und Wirkung des

Krankthandels und die Benutzung der Eisenbahn für Waaren.

Die Diskussion wird geschlossen und der Kommissionsantrag, mit Ausnahme von zwei Stimmen, von der Kammer angenommen.

Satz 2: „Ueber die Fortschritte der Bahn, und über die Kosten der Arbeiten wird jedem Landtage eine besondere Nachweisung vorgelegt, die enthält, was bis zu dem Zeitpunkt der Zusammenkunft der Stände geschehen ist, und in der nächsten Budgetperiode geschehen soll.“

Dieser Artikel wird, nach kurzer Diskussion zwischen dem Regierungskommissär v. Marschall, dem Berichterstatter, dem Abg. Gerbel, dem Regierungskommissär Prof. Vader, dem Staatsminister v. Blittersdorff und dem Abg. Welcker, von der Kammer angenommen.

Art. 3: „Der Fahrdamm der Bahn wird zu einem doppelten Schienenweg angelegt, für jetzt aber wird nur ein Schienenweg vollständig ausgebaut.“

„Der Regierung wird überlassen, auf einzelnen Strecken, wo und wann das Bedürfnis es erfordert, den doppelten Schienenweg ausbauen zu lassen.“

Art. 4: „Die zur Ausmittlung des Bahnzugs erforderlichen Vorarbeiten werden sogleich für die ganze Bahnlänge vorgenommen, und sofort wird der Bau selbst in Mannheim und an jenen Punkten der Bahnlinie, deren Ausführung voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen, namentlich in Freiburg und am schlingener Berg angefangen.“

„Gleich nach endgültiger Festsetzung des Bahnzugs wird das dazu erforderliche Terrain für die ganze Linie angekauft.“

Schaaff spricht für Aufnahme von Rastatt in das Gesetz, da Vorarbeiten daselbst in großem Maaße nothwendig seyen.

Staatsminister Winter erklärt sich gegen den Kommissionsantrag, da so genau noch nichts bestimmt werden könne. Es solle successive angefangen werden, wenn die Bahn ausgestellt sey.

Duttlinger macht einen Redaktionsvorschlag, über den sich eine lebhafteste Diskussion entspinnt. Von Seiten der Regierungskommission wird zugesichert, daß die Vorarbeiten im Oberland so bald als möglich begonnen werden sollen, aber nicht einverstanden ist sie damit, daß überall gleichzeitig angefangen werden könne. In der hierüber entliehenden Debatte nehmen Theil die Regierungskommissäre Minister v. Böckh und Winter, Staatsrath Rebenius und Professor Vader, die Abgeordneten v. Kottick, Sander, Mördes, Welcker und Weller.

Staatsminister Winter erklärt, daß die Regierung dem Oberlande Garantie dafür, daß es ihr Ernst mit dem Bau im Oberlande sey, dadurch gegeben habe, daß sie auf Staatskosten denselben übernehme. Was den Verlauf des Baues betreffe, so könne sich die Regierung durch den § der Kommission nicht gebunden achten, denn die Verhältnisse des Orts und der Zeit müßten hier lediglich maßgebend seyn. Jedenfalls sey die nächste Kammer in der Lage, sich weiter hierüber zu unterrichten. In glei-

chem Sinne erklärt sich der Staatsminister v. Böckh. Ein Redaktionsvorschlag des Ministerialraths von Marschall, lautend:

„Die zur Ausmittlung des Bahnzugs erforderlichen Vorarbeiten werden sogleich für die ganze Bahnlänge vorgenommen. Der Bau selbst wird in Mannheim begonnen und an jenen Punkten der Bahnlinie, deren Ausführung voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nimmt, namentlich in Rastatt, Freiburg und am schlingener Berg, baldmöglichst und zwar jedenfalls so früh in's Werk gesetzt, daß die Bahn in ihrem Fortschreiten niemals aufgehalten wird.“

Gleich nach endgültiger Festsetzung des Bahnzugs wird das dazu erforderliche Grundeigenthum für die ganze Linie erworben, — wird vom Berichterstatter, so wie von einigen andern Abgeordneten, unterstützt; der Abg. v. Kottick dagegen unterstützt den Antrag des Abg. Duttlinger. — Bei der Abstimmung wird der Redaktionsvorschlag des Regierungskommissärs v. Marschall mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen. — Am Schlusse wurde mit Zustimmung der Regierungskommissäre der Antrag gestellt, die bereits votirten vier Artikel in ein eigenes Gesetz zusammenzufassen, und die Bestimmungen über die Zwangsabtretungen davon zu trennen. Dieser Antrag wurde angenommen und sodann über das ganze Gesetz abgestimmt. Die Annahme desselben erfolgte mit allen Stimmen gegen drei. (Die Abg. Müller, Knapp und Sander.)

#### H a n n o v e r .

Hannover, 27. Februar. Unsere Stände sind nun bereits seit acht Tagen in Thätigkeit, doch bis jetzt nur mit formellen Fragen beschäftigt gewesen. So hat es sich namentlich um die Frage gehandelt, ob und in welchem Maaße ein königl. Kommissär — mit welcher Funktion der Kanzeldirektor Leist in der zweiten Kammer erschienen ist — zuzulassen sey. Ueber die zu erwartende Haltung der zweiten Kammer läßt sich nach den bisherigen Abstimmungen nur sagen, daß es bis jetzt ungewiß ist, ob die Majorität bei den Hauptfragen auf die ministerielle oder die Oppositionsseite fallen wird. (A. Ztg.)

Hannover, 5. März. Die Ihrer Maj. der Königin von der Bürgerschaft hiesiger Residenzstadt vorgestern Abend zu Höchstbero Geburtsfeier gebrachte Serenade war ein großartiges Schauspiel.

— Se. Durchl. der Herzog von Braunschweig sind gestern von hier nach Braunschweig zurückgekehrt.

— Das königl. Schreiben, mit welchem der Entwurf einer Verfassungsurkunde für das Königreich an die allgemeine Ständeversammlung gebracht ist, lautet folgendermaßen:

Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. u. Unsere Gnade, auch geneigten und gnädigsten Willen zuvor, durchlauchtig-hochgeborner Fürst, Hoch- und Wohlgeborne, Edle und Beste, Würdige, Eh-

renveste, Ehrbar-Hoch- und Wohlgelehrte, Ehrsam-Fürsüchtige, Rätthe, liebe Andächtige und Getreue! Nach Unserer unwandelbaren Ueberzeugung muß die Regierung Unseres Königreichs nicht nach Willkühr, sondern nach festen Grundsätzen geführt werden. — Von diesem Grundsätze geleitet, übergeben Wir Unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung den Entwurf einer Verfassungsurkunde für Unser Königreich zur Berathung. — Die sorgfältigst von Uns geprüfte Verfassungsurkunde vereinigt in sich die allgemeinsten und wichtigsten Grundsätze, welche in den deutschen Staaten, namentlich in den Unser Königreich bildenden Provinzen, in Beziehung auf die vorzüglichsten öffentlichen Verhältnisse vor den nur zu bekannten Ereignissen der letzten Jahre unsers Jahrhunderts galten. — Jede Verfassung muß, wenn die Unterthanen mit wahrer, treuer Liebe ihr anhängen sollen, eine feste historische Grundlage haben; sie muß im Laufe der Jahrhunderte aus dem Volke selbst hervorgegangen seyn und in demselben tiefe Wurzeln geschlagen haben. — Wir überlassen Uns der angenehmen und gewissen Hoffnung, daß die von Uns der Berathung Unserer getreuen Stände übergebene Verfassungsurkunde, weit entfernt, der Abdruck neumodischer Verfassungsideen zu seyn, dem vorgedachten Erfordernisse vollkommenentspreche, und nur die ächten, von allen fremdartigen Zusätzen gereinigten, staatsrechtlichen Grundsätze, bei welchen die Hannoveraner während Jahrhunderten sich so glücklich befanden, enthalte. — Der Entwurf der Verfassungsurkunde verwandelt in der That nur das alte, nicht selten schwankende, öffentliche Recht in geschriebenes Recht, um dasselbe gegen Mißdeutungen und Angriffe vollkommen sicher zu stellen. — Nur wenige, wirklich neue, Grundsätze wird die getreue allgemeine Ständeversammlung in der ihr übergebenen Verfassungsurkunde antreffen, und diese wenigen Grundsätze wurden durch die dringenden Bedürfnisse Unserer vielgeliebten Unterthanen gebieterisch empfohlen. — Die Ihnen, getreue Stände, übergebene Verfassungsurkunde steht mit den Beschlüssen der deutschen Bundesversammlung in der vollkommensten Uebereinstimmung, wovon nicht nur die Wohlfahrt Unseres Königreiches, sondern auch die des gesammten deutschen Vaterlandes abhängt; denn der deutsche Bund ist die kräftige Aegide für alle zu demselben gehörenden Staaten. — Wir übergeben Unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung die Verfassungsurkunde zur völlig freien Berathung, und hoffen, im Voraus versichert seyn zu können, daß in allen wesentlichen Punkten eine Verschiedenheit der Meinungen nicht statt finden werde. — Sollte indeß, wider Unser Erwarten, eine vertragmäßige Uebereinkunft zwischen Uns und Unsern getreuen Ständen über die Verfassungsurkunde nicht zu Stande kommen, so würden Wir Uns genöthigt sehen, die von der göttlichen Vorsehung Uns anvertrauten Unterthanen nach der im Jahre 1819 bestandenen Verfassung zu regieren, wobei indeß Unsere geliebten Unterthanen zum Voraus sich überzeugt halten können, daß Wir stets bemüht seyn werden, die ihnen vortheilhaften Grundsätze der Verfassungsurkunde zur Anwendung zu bringen, wenn gleich dieselben von der allgemeinen Ständeversammlung

nicht angenommen worden sind. — Auf diesen unvorhergesehenen Fall müssen Wir aber ausdrücklich hiermit bedorworten, daß Wir von dem, im §. 8 des königlichen Patents vom 7. Dez. 1819 enthaltenen, Vorbehalte Gebrauch machen, somit in der Organisation der allgemeinen Ständeversammlung diejenigen Modifikationen eintreten lassen werden, welche Wir für nothwendig oder nützlich erachten könnten. — In dem Entwurfe der Verfassungsurkunde ist für das Haus Stolberg, im §. 63, Nr. 4, der Platz in der 1sten Kammer bestimmt worden. Da indeß dasselbe neuerlich einen Präzedenzstreit erhoben hat, so wollen Wir, sobald Wir darüber Unsere Entschließung werden gefaßt haben, deshalb Unsern Antrag an die allgemeine Ständeversammlung gelangen lassen. — Mit der Verfassungsurkunde übergeben Wir zugleich das Reglement für die allgemeine Ständeversammlung zu deren Berathung. — Diesem Reglement liegt das Reglement vom 14. Dez. 1819 zum Grunde. Wir haben aber auch die Grundsätze darin aufnehmen lassen, welche nach der im Laufe der Zeit gemachten Erfahrung als bewährt sich gezeigt haben. — Ueber den, im §. 66 des Entwurfs der Verfassungsurkunde festgestellten, Wahlturnus, welchem die ritterschaftlichen Korporationen und die adelichen Besitzer von Gütern zu dem Ertrage von wenigstens sechs tausend Thalern, unterworfen seyn sollen, behalten Wir Uns vor, eine besondere Verordnung zu erlassen. — Wir verbleiben Denselben mit Unserer königl. Gnade und Allem Guten, wie auch mit gnädigstem Willen stets beigethan. Hannover, den 18. Februar 1838. Ernst August St. G. v. Schele.

— Das Prorektorat der Georg-August-Universität ist am 1. d. M. auf den Konsistorialrath Professor Gieseler übergegangen.

#### Freie Stadt Frankfurt

Frankfurt, 2. März. Man erwartet nun den Bundespräsidialgesandten Grafen von Münch-Bellinghausen in der nächsten Woche von Wien zurück. Die Sitzungen der Bundesversammlung, deren Wiederanfang durch anhaltendes Unwohlseyn des königl. Preussischen Bundestagsgesandten, Generals von Schöler, verzögert worden, dürften alsdann ungefümt wieder beginnen. — In Bezug auf die bevorstehende Ostermesse ist bereits eine amtliche Bekanntmachung erschienen; die Messe beginnt am 9. April und die Vorbereitungen dazu werden bald lebhafter getroffen werden. Für den Großhandel verspricht man sich viel, dagegen wird auch diesmal der Detailhandel bei zweifelhafter Witterung und nach einem so strengen Winter, der allen Ständen außerordentliche Opfer abforderte, keinen günstigen Resultaten entgegensehen dürfen. (Pr. Stzg.)

#### Großbritannien.

London, 5. März. Die heutige Oberhausitzung hatte es blos mit Empfangnahme von Petitionen zu thun. Im Unterhause nahm der Tory Lord Teignmouth seinen Sitz ein, und wurde, wie begreiflich, von seiner Partei mit stürmischem Jubel begrüßt. Lord J. Russell brachte die Antwort der Krone auf eine kürzlich an die letztere gelangte, gegen den Willen des Ministeriums durch-

gegangene, Adresse des Unterhauses in Betreff der Beförderung der Seetruppen-Offiziere (welche nach der Behauptung der Unterstützer jener Adresse ungebührlich im Avancement u. s. w. gegen die Offiziere der Landtruppen benachtheiligt seyen), ließ sich dabei über den Uebelstand aus, wenn das Parlament derartige, rein in die Machtvollkommenheit und Befugnisse der Krone einschlägige, Fragen selbst in die Hand nehme, und erklärte, daß er eine Kommission beantragen werde, welche die ganze Sache in Erwägung ziehen und dann dem Hause darüber berichten solle. Es erfolgte darauf eine, hauptsächlich von Hrn. Goulburn [Tory], Hrn. Hume und noch einigen Mitgliedern geführte, nicht uninteressante „Konversation“ über den Umstand, daß Unterhausmitglieder, die zugleich mit der Administration zusammenhängen, zu Zeiten (wie namentlich bei jener Marineoffiziersbeförderungsfrage und manchen andern geschehen war) für solche von der Regierung oponte Maasregeln, somit gegen die letztere, stimmen könnten oder dürften. Oberst Sibthorpe [Tory] brachte schließlich, wie er früher angekündigt, die den Tories gewaltig zum Aerger gereichende Anstellung des Hrn. Sheil [Reformer, katholischer Irländer] als Kommissar beim greenwicher Seemannshospital zur Sprache, worüber die Debatte beim Abgang der Post noch fortbauerte.

— Der ultraradikale „Spectator“ gesteht zu, daß die Ultraradikalen bei der letzten Maryleboner Wahl, sobald sie an dem Erfolg ihres Kandidaten, des Obersten Thompson, verzweifeln mußten, für den Torykandidaten, Lord Teignmonth, stimmten, da sie den Sieg lieber einem Tory, als einem „von den Whigs unterstützten Radikalen“, wie Hrn. Swart, gönnten; die Tories trügen wenigstens ihre Gesinnungen unverstellt zur Schau, während die Whigs nur liberal-vermummte Aristokraten seyen.

— Der ultraradikale „Spectator“ macht seinem Aerger darüber Lust, daß die liberalen irischen Mitglieder des Unterhauses, und namentlich O'Connell und seine Verwandten, bei Hofe wohlgelitten seyen, und meint grollend, dergleichen Gunst ließe sich nur durch Verläugnung früherer [ultra-] liberaler Gesinnungen gewinnen und aus ihr erklären; der „Spectator“ sieht aber, absichtlich oder unabsichtlich nicht, daß O'Connell und seine Freunde ein Hauptziel, gegen das alle andern ihnen unwesentlich und bedeutungslos erscheinen, im Auge haben und verfolgen — die Emporbringung Irlands aus seinem Elende, und daß dieser Zweck bei der jetzigen, Irland so wohlgesinnten, Regierung am Ehesten erreicht werden dürfte.

— Am 17. d. M. eröffnet die italienische Oper und das französische Ballet ihre Vorstellungen: bei ersterer wird man die Signori Rubini, Tamburini, Lablache, Moriani u. s. w. und die Signore Periani, Grisi, Albertazzi, Elisi, Cätherlin u. s. w. hören, bei letzterer die Messieurs Couston, Coulon, Daure, Coray, Mabilie u. s. w. und die Demoiselles Duvernay, Fanny und Therese Elpler, Belion u. s. w., so wie auch die Taglioni, wenn die mit ihr angeknüpften Unterhandlungen reüssiren, sehen. An zur Aufführung kommenden Opern sind u. A. eine neue

Oper von Balfe [dieser englische Komponist ist der Gatte der bei vielen deutschen Theater- und Musikfreunden gewiß noch im besten Andenken stehenden Sängerin Lina Roser] Donizetti's „Lucia di Lammermore“ und Mozart's „Nozze di Figaro“ versprochen; alle Musikfreunde rechnen und freuen sich auf die Erfüllung des Versprechens besonders in Bezug auf „Figaro's Hochzeit“.

(Chronicle.)

— Die Arbeiten am Themsetunnel gehen jetzt wieder mit großem Eifer voran. Seit dem letzten Einbruch ist der f. g. Schild beträchtlich weiter gerückt und der Tunnel selbst um 14 Fuß länger geworden. Die Arbeiter arbeiten mit Lust und Vertrauen, und seit einigen Tagen werden die Ausgrabungen mit mehr als gewöhnlicher Schnelligkeit gefördert. Zwei Kanonenbrigaden sollen jetzt über dem Bett des Tunnels vor Anker gelegt werden, um jeder Störung von Fahrzeugen, die etwa gerade ober der Stelle ankern möchten, vorzubeugen.

(Times.)

— Bei einer neulichen Versammlung der Aktionäre der manchesterer Nord- und Zentralbank erwies sich aus dem ihnen vorgelegten Rechenschaftsberichte, daß, wegen der schlechten Geschäfte, die die Bank gemacht, an dem eingelegten Gesamtkapital von 800,000 Pf. St. nicht weniger als 343,000 Pf. St. verloren sind. Die Bank, welche die Direktoren auf eine heillose Weise verwaltet zu haben scheinen, bestand seit 2½ Jahren, und hatte zweimal, von dem angeblichen Profit, ihren Aktientheilhabern eine Dividende von 5 P. C. und von 7 P. C. bezahlt gehabt.

(Observer.)

#### Frankreich.

Paris, 4. März. Die kolossale Büste Hahnemann's von David ist nunmehr vollendet, und ihre Aufstellung in dem Salon des Gefeierten gab zu einer festlichen Einweihung durch seine Schüler und Anhänger Veranlassung. Man setzte der Büste unter Gesang und Instrumentalmusik einen aus Bronze gefertigten und vergoldeten Eichenkranz auf, und improvisirte so ein Fest, dem unter Andern Kalkbrenner und Cherubini beiwohnten.

— Als Hr. v. Talleyrand (in seiner schon erwähnten akademischen Rede) das Bild des Ministers eines auswärtigen, wie er seyn soll, entwarf, bemerkte er unter Anderm: „Man gebe sich allzuoft dem Glauben hin, als ob die Diplomatie zur Hinterlist und Falschheit berechtige. Die solideste Grundlage großer Unterhandlungen sey Ehrlichkeit, und dadurch allein könne die Zukunft ihrer Ergebnisse gesichert werden; jedoch dürfe man mit dem, was als Falschheit zu bezeichnen, nicht die Zurückhaltung verwechseln.“

(D. G.)

Paris, 7. März. Leprestre Dubouchage, der unlängst wegen Verdachts der Theilnahme an einer heimlichen Pulverfabrikation Verhaftete, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

— Mr. Bibocq veröffentlicht, in einem in mehrere Blätter eingerückten Schreiben, daß er, nach dreimonatlicher Haft wegen angeschuldigter betrügerischer Handlungen, Befreiung einiger Staatsangestellten u. s. w., unter dem Bescheid, daß kein Grund zur Einleitung eines peinlichen Verfahrens gegen ihn vorliege, in Freiheit gesetzt worden sey,

dankt seinem Untersuchungsrichter, Hrn. Zangiaco mi, für die Beschleunigung, mit der er seine Sache erledigt habe, und verspricht, daß das Publikum demnächst ein Mehreres von ihm vernehmen solle.

— Bei der von der Pairskammer am 5. vorgenommenen gewöhnlichen Erneuerung ihrer Abtheilungen vermittelt des Looses, wobei dann die neu zusammengesetzten Abtheilungen zur Ernennung ihrer Präsidenten und Sekretäre schritten, wurde der Herzog von Orleans in der ersten Abtheilung, und in der dritten der Herzog von Nemours zum Präsidenten gewählt.

— In der heutigen Pairskammersitzung kam eine von 80 pariser Buchhändlern unterzeichnete Petition, worin dieselben um ein, in seinen Grundzügen und wesentlichsten Verfügungen von ihnen angeedeutetes, Gesetz zum wirksamen Schutze des franz. Buchhandels gegen ausländische Nachdrücke bitten, an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten überwiesen. — In der heutigen Deputirtenkammer Fortsetzung der Diskussion über den Gesetzentwurf wegen der Eigenschaften und Befugnisse der Gemeinden und Departemente.

— Die legitimistische „Quotidienne“ besteht darauf, daß Hr. v. Bourmont mit seinem Sohne im Hauptquartier des Don Carlos angekommen sey; derselbe werde den Oberbefehl über Goin und dessen Korps von 10,000 Mann erhalten, mit dem er gegen Altkastilien, nach Balladolid und Salamanca hin, agiren werde, während der Infant Don Sebastian und Guergue Aragon überziehen und, über Henares, auf Madrid marschiren sollen; Don Carlos würde mit Gomez und Merino, durch Orma und Segovia, auf Madrid zu rücken, Cabrera endlich nach demselben Punkte hin, über Guenca sich bewegen.

— Gestern Morgen wurden Hubert und der Student Valentin vor dem Untersuchungsrichter konfrontirt; wie es scheint schreibt sich ihre Bekanntschaft aus den ersten republikanischen Klubs, die gleich nach der 1330er Revolution entstanden, her. — Gestern Morgen langten zwei Verhaftete, die ebenfalls in der, Allem nach sich immer komplizirter gestaltenden, Hubert'schen Sache verwickelt sind, der eine aus dem Dromedep., der andere aus dem Ardèche-dep., hier an.

— Die neue große Oper Halevy's, „Guido und Sinevra“, Text von Scribe, hat bei der gestrigen, ersten, Aufführung einen vollkommenen „Succès“ gehabt.

— Dem Pariser Blatte „l'Univers“ hat kürzlich ein Spasvogel die Nachricht aufgebunden, ein Dampfboot sey auf dem Genfer See während des Laufes eingefroren, drei geschickte Ingenieure hätten ihm aber wieder Bahn gebrochen. Noch nicht so arg, als die Leichtgläubigkeit des Constitutionnel, der 1831, nach einem Briefe von Bern, Kavalleriechargen und Artillerieparcs auf Berge von mehr denn 7,000 Fuß Höhe brachte.

\*O Paris, 6. März. Der National und das Siècle liegen sich wieder in den Haaren über die Beurtheilung der Rede Talleyrand's. Bei Gelegenheit dieser Rede verdient auch Erwähnung, daß der Fürst selbst gleich nach dem Drucke ein Exemplar dem Erzbischof von Paris hat

überreichen lassen. — Gegen die legitimistische „Mode“ wird mit einer fast außer der Mode gekommenen Strenge verfahren. Nicht sowohl der verantwortliche Herausgeber, als vielmehr die Papiere der Mitarbeiter werden in Untersuchung genommen; überdies sind in den Wohnungen des Vicomte Walsh, des Redakteurs, und des Hrn. Nettement, des Verfassers der Geschichte des Journal des Débats, Nachforschungen angestellt worden. Frech ist das carlistische Wochenblatt allerdings, aber da es hier fast gar nicht gelesen wird, sondern bloß des Spasses wegen zu bestehen scheint, so gibt ihm diese außerordentliche Verfolgungsweise eine nie gehabte Wichtigkeit. — General Bachelu ist, trotz aller Gegenanstrengung des Ministeriums, zu Chalons sur Marne gewählt worden. — Folgende Tabelle der Besteuerung Frankreichs seit dem Jahr 1826 dürfte nicht uninteressant seyn:

1826 94 Fr. auf den Kopf Haus-, Personal- u. Mobiliensteuer.		
1828, 29 und 30	104 =	do. do.
	1831 130 =	do. do.
1832, 33 und 34	137 =	do. do.
1835 und 1836	156 =	do. do.
	1837 189 =	do. do.
	1838 221 =	do. do.

— Vom General Bugeaud ist eine Flugschrift über Dran erschienen, welcher selbst von den Oppositionsblättern rühmliches Lob gezollt wird. — Heute steht ein junger „Boufingot“ vor dem Assisenrichter; er wird angeklagt, eine aufrührerische Schmähchrift am hellen Mittag angeschlagen zu haben. Bertheidiger ist Hr. Arago, Sohn des Astronomen. Keine Seele kümmert sich um die Sache; man betrachtet sie eher als Scherz. Der Staatsanwalt nannte den Angeklagten ein „Instrument imbécile“ (stupides Werkzeug).

Strasburg, 7. März. Die heutige Ztg. d. D. u. R. Rh. berichtet: Hr. Schattenmann, Direktor der Minen zu Buchsweiler, Mitglied des Oberdepartementsrathes des Niederrheins, hat an die Deputirtenkammer eine Bittschrift gerichtet, worin er die unmittelbare Errichtung einer Eisenbahn von Havre über Paris nach Strasburg, und die Priorität zu Gunsten dieser Errichtung verlangt, wenn nicht zugleich diese Bahn und der Marne- und Rheinkanal ausgeführt werden können. Wir werden morgen den Text dieser Petition, die eine für Frankreich im Allgemeinen und für's Elsaß insbesondere so wichtige Frage in's Leben ruft, mittheilen. [Der Niederrheinische Kurier vom 9. d. theilt ihn mit.] Wir haben schon zu verschiedenen Malen eine öffentliche Meinung über die Eisenbahn von Paris nach Strasburg ausgedrückt, und diese Frage muß heute, nothwendiger als je, in einem bejahenden Sinne gelöst werden, da Belgien, Holland und Deutschland Alles anbieten, um durch Errichtung von Eisenbahnen und Kanälen den Transithandel eines großen Theils von Europa an sich zu reißen.

#### Spanien.

— Madrid, 25. Febr. Seit einigen Monaten gewinnen unsere Zustände einen weit befriedigenderen Anstrich, so

daß man ohne Uebertreibung sagen darf, die Sache der Königin näherte sich einem günstigen Ausgang. Nicht sowohl auf dem Wege der Waffen, sondern durch Unterhandlungen wird Allem aufgeboten, um das gewünschte Resultat herbeizuführen. Die unter den Generälen herrschende Einigkeit trägt viel dazu bei, dem, wenn auch zeitweiligen, Gelingen der carlistischen Einfälle in's Innere ein Ziel zu setzen.

— Von der Gränze von Navarra, 1. März. Am 23. Febr. fand ein Austausch von Gefangenen in Viana statt, die Anzahl belief sich auf 380 Mann. Der das Fort Vergota befehlige Don Javier Soto begab sich zu diesem Ende an Ort und Stelle, und die christlichen Behörden empfingen ihn auf's Freundlichste. Unter den Ausgewechselten befanden sich 17 Offiziere. Den 22. Febr. setzte sich von Logronno und den umliegenden Dörfern eine Kolonne, zusammengesetzt aus 20 Bataillonen und 400 Pferden, in Marsch.

— Bayonne, 2. März. Unsere letzten Briefe aus Estella reichten bis zum 28. Febr.; sie geben blos einige unbestimmte Berichte über das Unternehmen Don Diego Leon's gegen die neu errichteten Befestigungen an der Brücke von Belacoais. Den 25. u. 26. v. M. soll es heiß zugegangen seyn, und den 26. Abends sollen die Christinos beim Eintreffen der carlistischen Verstärkung bis nach Puente la Reyna zurückgedrängt worden seyn. Daß die Carlisten nun ungehört ihre Arbeiten fortsetzen, bedarf keiner besondern Erwähnung. — Unvermuthet heißt es heute, Graf Luchana habe die Reise nach Madrid angetreten.

**Türkei.**

\* Konstantinopel, 14. Wir haben seit 14 Tagen bessere Witterung. — Die neuesten Nachrichten aus Syrien lauten immer drohender für den Bizkönig von Aegypten.

**Staatspapiere.**

Wien, 5. März. 5prozent. Metalliques 106½; 4prozent. 100½; 3prozent. 80½; 2½prozent. 61½; Bankaktien 1449; Nordbahn 111½; Mail. G. B. 109½; 1834er Loose 122½.

Paris, 7. März. 5prozent. Konfol. 107 Fr. 60 Ct.; 4prozent. 101 Fr. 90 Cent.; 4½prozent. — Fr. — Ct.; 3prozent. 79 Fr. 80 Ct. Bankaktien 2650. — Kanalaktien 1247. 50 Röm. Anleihe 101½; belg. 104½; piemont. 1072. 50; portug. 18½. Span. Akt. 20; Pass. — St. Germaineisenbahnaktien 930 Fr. — Ct. Vers. Eisenbahnaktien, rechtes Ufer, 760 Fr. — Ct.; linkes Ufer 662 Fr. 50 Ct.; Selter do. 695 Fr. — Ct.; Epinac do. — Fr. — Ct.; Mühlhäuserer do. 675 Fr. — Ct. G. S. erleuchtungs-gesellschaft — Dampfschiffahrtaktien (Vercq) — Fr. — Ct.

**Kurs der Staatspapiere in Frankfurt.**

Den 9. März, Schluß 1 Uhr.		pZt.	Pap.	Geld.
Oesterreich	Metall. Obligationen	5	—	106½
	do. do.	4	—	101
	do. do.	3	—	80½
	Bankaktien	—	—	173½
"	fl. 100 Loose bei Rothf.	—	—	—
	Partialloose do.	4	—	150½
"	fl. 500 do. do.	—	—	121½
	Bethm. Obligationen	4	—	100½
"	do. do.	4½	—	102½
	Staatschuldscheine	4	—	104½
Preußen	Prämien-scheine	—	—	65½
	Obligationen	4	—	102½
Baiern	Obligationen	4	—	102½
	Eisenbahnaktien. Agio	—	—	43½%
Frankfurt	Rentenscheine	3½	—	101½
	fl. 50 Loose b. Goll u. S.	—	96½	—
Baden	Obligationen	3½	—	100½
	fl. 50 Loose	—	—	63½
Darmstadt	fl. 25 Loose	—	—	23
	Obligationen b. Rothf.	3½	100	—
Hassau	fl. 25 Loose	—	22½	—
	Integrale	2½	—	53½
Holland	Aktivschulb	5	—	11½
	Lotterieloose fl.	—	—	—
Spanen	do. à fl. 500	—	—	79
	Polen	—	—	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Ph. Madlot.

**Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

9. März	Baromet.	Thermomet.	Wind.	Witterung überhaupt.
M. 7 U.	283. 0,5L.	1,7 Gr. üb. 0	SW	trüb, Schnee
M. 5 U.	283. 0,5L.	3,8 Gr. üb. 0	ND	ziemlich heiter
M. 11 U.	283. 0,6L.	1,6 Gr. üb. 0	N	trüb

Karlsruhe. (Museum.) Mittwoch, den 14. d. M., ist das 4te Konzert im Museum. Anfang 6 Uhr. Karlsruhe, den 10. März 1838.

Die Museumskommission.



(Bauaktord) Die Steinhauer- und Zimmerarbeit für die Wohnhäuser etc. der Spinnere und Weber in Ettlingen, soll demnächst ebenfalls im Summissionswege in Aktord begeben werden. Alle zur Uebernahme dieser Arbeiten lusttragende Meister sind somit eingeladen, nächsten Dienstag, den 13. d. M., Nachmittags, auf der Baufläze in Ettlingen oder Mittwoch, den 14. d. M., Nachmittags, Amalienstraße Nr. 36 dahier, die Aktordbedingungen und Pläne einzusehen, und Summissionszettel in Empfang zu nehmen. Karlsruhe, den 8 März 1838.

Mit zwei Beilagen.